

- [Dicht vorbei ist auch daneben, \(Ulrich Schneider, Pfarrer in München\)](#)
 - [Lizenz zum Plündern, \(Dr. Wieland Zademach, Pfarrer, Nürnberg\)\)](#)
 - [Frieden muss man lernen, \(Velten Wagner, Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, Nürnberg\)](#)
-

Dicht vorbei ist auch daneben

Die Kampagne »Erlassjahr 2000«, die neuerdings durch die Bibelwerke beider grossen Kirchen unterstützt wird, benennt mit dem Schuldenproblem ein Tabuthema des herrschenden Systems. Leider aber nicht in der vollen Dimension. Die Kampagne macht sich angreifbar, weil ihre bisherigen Forderungen den Hebel an einer ungünstigen Stelle ansetzen und schwer durchzuführen sind. Um das Problem der Verschuldung und der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wirklich zu lösen, sind die vorgeschlagenen Wege weiterzuentwickeln.

Licht und Schatten im Konzept für den Bibelsonntag 1999

Eine Broschüre mit hohem Verbreitungsgrad sorgt für Unruhe in manchen christlichen Gemeinden: das Heft zur Vorbereitung des ökumenischen Bibelsonntags 1999. Sie bezieht sich auf Lk 4,16-21, die »Antrittspredigt« Jesu in Nazareth: Jesus liest in der Synagoge Jes 61, das »Gnadenjahr des Herrn«, sagt, diese Verheissung sei jetzt erfüllt, und provoziert damit einen Skandal. Das Vorbereitungsheft stellt den alttestamentlichen Hintergrund von Jes 61 und Lk 4 dar: die Forderung, alle sieben Jahre ein »Sabbatjahr« zu halten, in dem Ausgeliehenes dem Entleiher erlassen wird, und alle 49 Jahre ein »Jobeljahr« durchzuführen, in dem jeder Verschuldete bzw. Versklavte wieder in seinen ursprünglichen Besitz bzw. in die Freiheit zu bringen ist. Das Heft nennt sodann die Aktualität dieser biblischen Traditionen, indem es auf die Verschuldung der Entwicklungsländer verweist. Vorgeschlagen wird den Gemeinden eine Beteiligung an der Kampagne »Erlassjahr 2000 Entwicklung braucht Entschuldung«.

Meines Erachtens war es ein grundsätzlich richtiger und mutiger Schritt der katholischen und evangelischen Bibelwerke, einmal zu zeigen, dass Jesus und die Propheten soziale Probleme konkret benannten, und eine Anleitung zu geben, wie Gemeinden dies aktuell umsetzen können. Auf der anderen Seite sind die Gemeinden und ihre Mitarbeiter in weiten Teilen von einer eher individualen Frömmigkeit geprägt; es gibt eine grundsätzliche Skepsis gegen eine »politische« Kirche. Davor braucht das politische Christentum nicht zu resignieren, es muss sich aber desto mehr um Exaktheit und Glaubwürdigkeit bemühen.

Unglaublich aber ist bei aller Richtigkeit der Symptomerkennung etliches an der Erlassjahrkampagne und am Bibelsonntagskonzept. So erinnert das Vorwort auf S. 2 »an die Problematik von Verschuldung auf der einen Hälfte und dem Anhäufen von Reichtum auf der anderen Hälfte der Erde«. Schon dies ist eine so starke Vereinfachung, dass es einer Verfälschung nahekommt. Schon hier wird das Nord-Süd-Problem isoliert gesehen vom Problem der globalen Verschuldung, das wiederum innigst zusammenhängt mit Armutstendenzen auch innerhalb der »reichen« Länder der Nordhalbkugel.

Des Weiteren ist in dem Heft (S. 44) das Blatt einer Unterschriftenaktion abgedruckt. Hierin heisst es unter anderem: *Ich fordere ... von den Banken, der Bundesregierung und den internationalen Finanzinstitutionen einen umfassenden Erlass der untragbaren Schulden armer Länder für das Jahr 2000.*

Diese Forderung richtet sich schon einmal an die falsche Adresse: Banken sind nicht

Kreditgeber, sondern lediglich Kreditvermittler, die Regierungen treten allenfalls als Bürgen auf, und dasselbe trifft auf IWF und Weltbank zu. Ausserdem ist äusserst fraglich, ob ein Schuldenerlass den gewünschten Erfolg brächte, denn:

o ein Land, dem Schulden erlassen wurden, gilt als kreditunwürdig, d.h. es bekommt künftig kein Geld mehr,

o wenn Banken Schulden erlassen, müssten sie eigentlich den Sparern, die ja -die Geldgeber, Zinsgewinner und damit Nutzniesser der Verschuldung anderer sind, anteilig etwas von ihrem Vermögen streichen. Das aber dürfen sie nicht. Für Kreditrisiken müssen andere haften. Soll-ten z.B. die Staaten der nördlichen Zonen tatsächlich einen Erlass beschliessen, wären sie für den so entstehenden Verlust haftbar. Der Staat kann sich das Geld aber nur über Verschuldung holen. D.h. die Schulden, die an einer Stelle der Welt erlassen werden, müssen woanders neu entstehen.

o Die tödliche Ausbeutungsdynamik durch den Zins wird durch einen Erlass nur für den Moment aufgehalten, geht danach aber grundsätzlich weiter.

Vier Gegenthesen und ihre Begründung

1. Das Verschuldungsproblem wird nicht durch Erlassen von Schulden gelöst, sondern durch Senkung der Zinsen.

2. Zinsen können nicht durch künstliche Eingriffe gesenkt werden, sondern nur marktwirtschaftlich über eine weltweit sinkende Kapitalnachfrage. Der Hebel hierzu ist bei den Hauptschuldnern anzusetzen: in den Industriestaaten.

3. Sobald ein Industrieland beginnt, Arbeitskosten durch eine dynamisch steigende Belastung von Energie und Kapital umzufinanzieren, lässt der Rationalisierungsdruck und damit auch der Kapitalbedarf drastisch nach.

4. Aufgrund der wirtschaftlichen Vorteile wird ein solches Modell sofort zu einem globalen Attraktor werden.

1. Der Zins und seine Folgen

Erlassjahrkampagne und Bibelsonntagsbroschüre blenden aus, dass hinter den Banken die Geld-einleger stehen, dass alle Schuldenberge eine »Schokoladen-seite« haben: Sie sind immer auch Vermögensberge; sie sind -zugleich gut verzinste Bankguthaben. Und eben in den Zinsgewinnen und ihrer Dynamik besteht das eigentliche Problem der Verschuldung: Zu Recht schreibt das Heft (S. 42): »Von 1980 bis 1996 haben die Entwicklungsländer insgesamt 2270 Milliarden \$ an Krediten erhalten und 2650 Milliarden \$ an Rückzahlungen geleistet. Trotz-dem ist ihr Schuldenstand in dieser Zeit von 616 Milliarden \$ auf 2177 Milliarden \$ gestiegen.« Das benennt eben nur die eine Seite des Skandals. Die Zahlen belegen ja, dass die Entwicklungsländer beim Kreditgeschäft auf ein Minus kommen. Also müssen andere ein Plus machen! Die »Rückzahlungen« sollte man besser als »Zinszahlungen und verzweifelte Tilgungsversuche« bezeichnen. Da die armen Länder mit der Tilgung nicht nachkommen, vergrössert sich ihr Schuldenstand durch Zins und Zinseszins und damit ihre Knechtung, d.h. ihre Verpflichtung zu Rückzahlungsversuchen. Im selben Masse vermehrt sich natürlich das investierte Geldvermögen. Mit der Armut der einen machen andere satte Gewinne.

Nun ist ja mit Krediten an unterentwickelte Länder zunächst der sehr löbliche Wunsch verbunden, dort eine Wirtschaft aufzubauen, die sich am Ende selbst trägt und den Lebensstandard verbessert. Die gutgemeinte Absicht heisst: Wenn erst einmal genügend Wirtschaftsleistung erbracht wird, ist es ein Leichtes, die Kredite zurückzuzahlen. Doch so ist die Realität nicht. Beim derzeitigen Zinsniveau entwickelt sich sehr bald eine Schere zwischen der stark exponentiellen Schuldenvermehrung und dem allenfalls linearen Wirtschaftswachstum: Wie jeder mit einem einfachen Taschenrechner überprüfen kann, führt der Zinseszinsseffekt zu einer sich selbst beschleunigenden Geldvermehrung. Ein Vermögen bzw. eine Schuld verdoppeln sich bei 6% Zins alle 12 Jahre, bei 10% alle 7 Jah-

re. Bei nur 1% Zins bräuchte es dagegen ganze 70 Jahre, bis sich der Betrag verdoppelt hat. Die Geschwindigkeit der Vermehrung ist also wesentlich von der Zins-höhe abhängig. Die »Schuldenkrise« besteht darin, dass die Entwicklungsländer auf alle mögliche Weise Werte herbeischaffen müssen, um ihre Zinsen zu bezahlen, und dennoch in immer stärkere Abhängigkeit geraten. Die ohnehin arme Bevölkerung muss den Gürtel immer enger schnallen; Rohstoffe müssen vermehrt ausgeführt werden, so dass das Angebot am Weltmarkt vergrößert wird, wodurch wiederum der Erlös zurückgeht. Soziale, ökologische und ökonomische Problemkreise also, wohin man auch blickt.

2. Hauptschuldner im Norden: Warum klebt hier das grosse Geld fest?

Manche mögen erschrecken angesichts der 2177 Milliarden \$, die die Bibelsonntagsbroschüre als Summe der Verschuldung der armen Länder nennt: umgerechnet 3614 Milliarden bzw. 3,6 Billionen DM. Doch das ist ein lächerlich kleiner Betrag gegenüber der Inlandsverschuldung allein des einen Industrielands Deutschland: derzeit etwa 8 Billionen Mark. Wer sind die Schuldner in unserem Land? Mit dem grössten Anteil von reichlich 5 Billionen stehen die Unternehmen in der Kreide, mit reichlich 2 Billionen Bund, Länder und Gemeinden und mit etwa einer halben Billion die Privathaushalte. 1994 betrug die Gesamtverschuldung noch knapp 6, 1990 nur 4,3 Billionen. Das Problem des exponentiellen Schuldenwachstums betrifft also auch die Bundesrepublik. Oder von der »Schokoladen«, der Anlegerseite her betrachtet: Das Inland bietet so gute Zinsgewinne bzw. Möglichkeiten der Vermögensvermehrung, dass das Kapital gewissermassen in den Industriestaaten und ihren vergleichsweise sicheren Anlagen festklebt. Die Entwicklungsländer kriegen demgegenüber also erst einmal fast nichts, bzw. sie müssen einiges aufbieten, damit überhaupt ein bisschen Kapital vom Weltmarkt für sie abfällt: entweder staatliche Bürgschaften, möglichst von Seiten eines reichen und stabilen Landes (dies ist ja eine Form der Entwicklungshilfe) oder aber besonders hohe Zinsen als Lohn für das Risiko, in ein Armutsland zu investieren.

Solange weiterhin Kapitalbedarf in den Industrieländern besteht, bleiben die Entwicklungsländer abhängig und werden die Menschen zunehmend versklavt. Erst bei sinkender Kapitalnachfrage werden weltweit die Zinsen sinken und wird immer mehr Kapital in die »Dritte Welt« fließen.

Die Hauptfrage lautet: Woher kommt die starke Kapitalnachfrage in den Industriestaaten? Eigentlich haben wir hierzulande ja bereits eine gut funktionierende, glänzende Gewinn-abwerfende Wirtschaft, mit deren Hilfe sich die Menschen ein immer grösseres Geldvermögen zurücklegen. Aufgrund dieser Sättigung müsste eigentlich der Kapitalbedarf in den nördlichen Ländern immer weiter sinken, das Angebot an Geld dagegen durch fleissiges Sparen steigen; damit müsste auch der Preis für Kapital, der Zins, sich weltweit zurückentwickeln und das Kapital dorthin fließen, wo es dringender benötigt wird: in die »Dritte Welt«. Und eigentlich müsste diese Entwicklung schon seit den sechziger Jahren eingetreten sein, der Zeit, als die Kriegsschäden in Europa endgültig beseitigt und blühende Landschaften wieder aufgebaut waren. Wieso brauchen die Industriestaaten trotzdem immer noch mehr und noch mehr Investitionen die damit den ärmeren Ländern vorenthalten bleiben?

Dies resultiert aus einer grundlegenden wirtschafts-politischen Weichenstellung: Soziale Sicherheit und Einkommensentwicklung lasten allein auf den Arbeitskosten, während die beiden mit der Arbeit konkurrierenden Wirtschaftsfaktoren Energie und Sachkapital unbelastet bleiben. Entsprechend dieser Arbeitskosten-schere wird immer weniger Arbeit von der Wirtschaft nachgefragt, entsprechend mehr das eingesetzt, was die Umwelt zerstört: durch Rohstoffverbrauch und Flächenüberbauung. Der Faktor Arbeit, der alles zu finanzieren hat, wird immer weniger; schon deshalb muss er sich weiter verteuern; dieser Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und Arbeitskosten zieht die anderen Problemkreise nach sich:

Durch die stetige Arbeitskostenver-teuerung sind die Unter-nehmen zu ste-ti-gen Ratio-nali-sie-rungs-investitionen ge--zwungen. Nur so, nur durch diesen Wachs--tumszwang gibt es eine wachsen-de Ver-schul-dung, die die Vermögen durch Zins und Zinseszins ver-mehren kann. Hinzu kommen die Staatsschulden: Arbeitslosigkeit erfordert einerseits teure »Mass-nah--men« und führt andererseits zu Steu-erausfällen. Nur durch die gigan-ti-sche Fehlsteu-erung der ArbeitsSach-kostenschere werden Kapitalbedarf und Zins-niveau hochgestemmt. Die Folge ist eine zunehmende Umverteilung von den Armen zu den Reichen: Ein immer grö-sserer Anteil der Staats-aus-gaben besteht in der »Bedienung« des auf-genommenen Kapitals durch Zins und Tilgung. D.h. von dem Geld, das der Staat über Steuern von uns bekommt, fliesst anteilig immer weniger in Leistungen des Staates für uns und immer mehr über die kreditge-ben-den Banken und die hochverzinsten Staatsanleihen auf die Konten der Geldbesitzer: Der so-ge-nannte »Sparzwang« lässt uns genau das »einsparen«, womit die Reichen subventioniert werden.

&AUML;hnlich haben wir auch für die Unter-nehmensverschuldung mit-zubezahlen: Indem menschliche Arbeit immer mehr durch Automatisierung ersetzt wird, die wiederum nur durch Investition, d.h. Kreditaufnahme zu haben ist, sind in den Preisen für Waren und Dienstleistungen anteilmässig immer weniger Kosten für Löhne und Gehälter und immer mehr Kosten für die Kre-dite enthalten, die die Unternehmen zu bedienen haben. Bei besonders kapitalintensiven Pro-duk-ten, etwa einer Woh-nung, sind es an die 80% des (Miet) Preises, die der Unterneh-mer bzw. Ver-mieter an seine Kreditgeber weiterreicht. Im Durchschnitt der Lebenshaltungskosten liegt der Kapitalkostenanteil heute bei ca. 40%: Das ist der Tribut der Geringvermögenden an die Rei-chen. Denn alle haben als Verbraucher diese zinsbedingten Kosten zu tragen, aber nur wenige können als Sparer zinsbedingte Gewinne einfahren, die über den zinsbedingten Kosten liegen: Erst ab einem Vermögen von einigen hunderttausend Mark aufwärts macht man per Saldo ein Plus. Der Zins ist also nicht nur weltweit, sondern auch in den Industrieländern selber das Um-ver-teilungs-in-stru-ment, das die 1020% Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht.

3. Umfinanzierung der Arbeitskosten führt zu drastischer Zinssenkung

Um die Schere zwischen arm und reich sowohl im eigenen Land als auch weltweit zu schliessen, muss also die Schere zwischen Arbeits und Sachkosten geschlossen werden. Das ist relativ einfach möglich, indem wir be-ginnen, Rohstoffe und Anlagevermögen besteu-ern und im Gegenzug Arbeitskosten sen-ken. Was die neue Bundesregierung hier tut, ist ein winziger, viel zu zag-haf-ter Einstieg. Es reicht bei weitem nicht aus, mit den »&OUML;kosteuern« einen kleinen Anteil der Lohn-nebenkosten zu übernehmen. Vielmehr muss daraus eine dynamische Grundsicherung finan-ziert werden. Das heisst: Jeder bekommt zusätzlich zum individu-ellen Arbeitslohn (bzw. Gewinn, Ren-te) ein sich langsam erhöhendes Grund-einkommen. Jeder hätte also einen »Kombilohn«. Das Gesamt-ein-kommen jedes einzelnen könnte nicht mehr nur durch Tariflohn, sondern ebensogut durch &OUML;kosteuererhöhung steigen. Die Arbeitskosten sänken, ohne dass dies den Geldbeutel der »kleinen Leute« belastete. Erst durch diese Dynamik, d.h. erst wenn klar ist, dass die zur Zeit so oft zitierte »Umfinanzierung der Arbeitsko-sten durch &OUML;kosteuern« eine Alternative zu Lohnerhöhungen ist, wird eine allmähliche Heilung des Systems eintreten:

Der Wettlauf der Unternehmen, ihren Ertrag durch Rationalisierung und Entlassung zu stei-gern, wäre abgebremst. Bei einer Aussicht auf langfristig fallende Arbeitskosten würden neue Arbeitsplätze entstehen, der Investitionsbedarf sowohl des Staates als auch der Unternehmen und damit auch das Zinsniveau entwickelten sich zurück. Bei sinkenden Zinsen könnten die Entwicklungsländer ihre Schulden durch die Aufnahme immer billigerer Kredite strecken bzw. tilgen.

Ein Land, das die beschriebene Reform durchführte, hätte, anders als bei den teuren, inve-stitionsabhängigen sozialen und ökologischen »Massnahmen« von heute, finanzielle, ökonomische Vorteile. Damit würde schon allein eine Diskussion über diese Perspektive

einen internationalen Prozess auslösen. Die ökosoziale Umsteuerung ist der Hauptattraktor für die nächste Zukunft.

4. Die bisherigen Tabus: Die Chance für die ErlassjahrKampagne

Die entscheidende Frage ist: Warum bewegte sich die Realpolitik, egal welcher Partei, bisher keinen Millimeter in diese Richtung? Aus mehreren Gründen wurde dieses Thema tabuisiert:

- o Die leistungslosen Zinsgewinne ernähren die mächtigste Lobby unserer Gesellschaft, die sich mithilfe ihres Reichtums ihre Macht bestens zu sichern weiss.
- o Eine Besteuerung des Sachkapitals, vom Grundstück bis zu den Maschinen, ist ein leicht zu handhabendes Instrument, das an der Basis aller anderen Kapitalformen ansetzt und andere, nur mit hohem Aufwand zu kontrollierende Steuern, etwa auf Geldvermögen, Zins oder Spekulationsgewinne, überflüssig macht. Wird die Sachkapitalsteuer auch noch progressiv gestaffelt, dann werden kleine und mittelständische Unternehmen sowie Firmengründer gefördert. Dies entspricht zwar dem Grundgedanken einer *freien* Marktwirtschaft, geht aber voll zulasten des *kapitalistischen* Machtstrebens, trifft also das jetzige System ins Mark.
- o Eine Alternative zum Tariflohn entmachtet aber auch die Gegenseite: die Gewerkschaften. Wenn alle Bürgerinnen und Bürger ihr Einkommen künftig über eine Erhöhung der Energie und Kapitalsteuern steigern, statt durch Lohnerhöhungen ihren eigenen Arbeitsplatz zu gefährden, werden die Gewerkschaften zu schlichten Arbeitnehmervertretungen ohne den Machtapparat, den sie zur Durchsetzung von Tarifforderungen heute brauchen.
- o 60 bis 80% der Investitionen bzw. der in Aktien angelegten Gelder rentieren sich nur dann, wenn es in alle Zukunft einen Rationalisierungszwang gibt. Sobald eine Regierung den ökosozialen Ausweg und damit dauerhaft sinkende Arbeitskosten ernsthaft anstrebt, muss es also zum MegaCrash an den Börsen kommen.

Die grosse Politik hat die Perspektive des Auswegs aus der globalen Überlebenskrise bisher bewusst ausgeblendet. Und genau dies eröffnet der Kampagne »Erlassjahr 2000« und dem Öku-menischen Bibelsonntag die grosse Chance: Wir brauchen ja nur die Mauer des Schweigens zu durchbrechen. Da das ökosoziale System effizienter ist als das gegenwärtige, wird es ein globaler Selbstläufer werden. Der Aktiencrash wird das derzeitige Machtssystem kippen und den evolutionären Weg in eine neue, gerechtere Ordnung freimachen. Keine Macht der Welt kann einer öffentlichen Debatte oder der Eigendynamik der Börsen irgendwelche Grenzen setzen.

Ein Sturz des Zinsniveaus in den Pro-millebereich wird nicht nur im Inland grosse finanzielle Spielräume eröffnen, sondern auch die »Dritte Welt« endlich aus der Schuldknechtschaft befreien, ihr das Geld und die Ressourcen zuführen, die sie zum Aufbau menschlicher Lebensbedingungen braucht. Eine solche Diskussion könnte uns allen das ersehnte »Erlassjahr 2000« bescheren.

Insofern ist der Kampagne zu wünschen: Weiter dranbleiben an diesem heissen Thema aber bitte mit der ganzen Dimension! Wieso sollten wir als ökumenische Christenheit ein Blatt vor den Mund nehmen? »Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!« (Gal 5,1)

Ulrich Schneider, Pfarrer in München

[TOP](#)

Lizenz zum Plündern

Dr. Wieland Zademach, Pfarrer, Nürnberg

Fürs erste ist dieses Investitionsabkommen gescheitert. Das »Multilateral Agreement on Investment« (»MAI«) konnte nicht durchgesetzt werden wegen des Widerstandes zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und schliesslich auch der sozialistischen Regierung

Frankreichs im Herbst 1998. Hat sich damit auch dieses Buch erledigt? Ganz im Gegenteil! Denn nicht die im »MAI« enthaltenen Pläne sind vom Tisch, sondern nur das bisher eingeschlagene Vorgehen. Die Pläne selbst entsprechen der neoliberalen Tradition mit ihrem Verständnis des Stellenwerts von Politik und Demokratie, von der Zivilgesellschaft und der Freiheit der Investitionen. Und diese Tradition ist noch längst nicht an ihr Ende gekommen. Das vorliegende Buch enthält einen Bericht über den internationalen Widerstand gegen das »MAI« sowie eine Darstellung der wesentlichen Inhalte des »MAI« und seiner Vorgeschichte. Dem schliessen sich Analysen an über die Folgen des »MAI« für die demokratischen Rechte und Freiheiten, für die Entwicklung des Südens, aber auch für Deutschland sowie über seine Verortung vor dem Hintergrund der Maastrichter und Amsterdamer Verträge. Perspektiven über Alternativen zum »MAI« und ein Anhang mit einer Übersicht über Aktionsgruppen etc. ergänzen diesen informativen Band.

Das »MAI« wird seit Frühjahr 1995 von der OECD verhandelt, die ersten beiden Jahre davon unter dem Versuch, die Öffentlichkeit vollkommen auszuschliessen. Indiskretionen führten schliesslich zum Aufbau eines organisierten Widerstandes, der insbesondere in den USA und Kanada grössere Ausmassen annahm. Das Beispiel des vorläufigen Scheiterns zeigt, dass nicht nur kapitalistische Ökonomie, sondern auch Solidarität globalisiert werden kann - nicht zuletzt das Internet hat hier seine demokratische Bewährungsprobe bestanden. Ziel des »MAI« ist eine weitestgehende Liberalisierung und Deregulierung aller Auslandsinvestitionen. Insbesondere die folgenden Prinzipien, die den »harten Kern« des geplanten Abkommens ausmachen, bedeuten eine langfristige Weichenstellung zugunsten der wirtschaftlich starken »global Players«, der transnationalen Konzerne und der Finanzmärkte:

- o Die vorgesehenen Bestimmungen des »MAI«, bestehende Beschränkungen auf ausländische Direktinvestitionen abzubauen (»roll back«), sowie keine neuen Auflagen zu erlassen (»stand still«), stellen den Versuch dar, die wirtschaftspolitische Orientierung auf Liberalisierung und Deregulierung irreversibel festzuschreiben. Zumindest drastisch beschnitten würde dadurch das demokratische Recht der Völker und Staaten, souverän über ihre eigene Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu bestimmen.
- o Von neuer Qualität ist ein Schiedsgerichtsverfahren, das den Unternehmen ein direktes Klagerecht gegen Regierungen verleiht, wenn sie negative Auswirkungen auf ihre Investitionen und Gewinne befürchten. Gleichwertige Instrumente für Regierungen und ein internationales Klagerecht - das von Gewerkschaften, Umwelt- oder Menschenrechtsgruppen etc. in Anspruch genommen werden könnte - gegenüber Unternehmen werden dagegen ausgeschlossen.
- o Das »MAI« untersagt spezifische Leistungsanforderungen (»performance requirements«) an ausländische Investoren wie zum Beispiel Auflagen zur Beschäftigung von Inländern, Beschränkungen des freien Devisen- und Kapitalverkehrs etc. Damit wird Entwicklungsländern die Möglichkeit genommen, ausländische Investitionen in eine selbstbestimmte, nationale Entwicklungsstrategie einzubinden.

Auf Druck von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen wurden zwar Formulierungen über Sozial- und Umweltstandards aufgenommen; diese sind jedoch völkerrechtlich völlig unverbindlich. Nachhaltige Entwicklung, wie sie seit der Rio-Konferenz der UNO das Leitbild aller internationalen Abkommen sein soll, wird gänzlich ignoriert.

Dass dem »MAI« auch in ökonomischer Hinsicht in vielen Punkten die Logik einer Fehlkonstruktion anhaftet - abgesehen vom Widerspruch gegen elementare Menschenrechte -, das kann und soll hier nicht diskutiert werden. Einiges davon wird deutlich beim Blick auf die Alternativen zu dieser Entwicklung, wie sie im Schlusskapitel dieses Buches anschaulich dargestellt werden.

Die allermeisten Kritikerinnen und Kritiker gehen davon aus, dass das »MAI« nicht zu reformieren ist - etwa durch den Einbau von verbindlichen Umwelt- und Sozialstandards -

und deshalb nur abgelehnt und durch Alternativen ersetzt werden kann. Ob es darum geht, ein globales »MAI der Bürger« zu installieren, bei dem die Interessen der Arbeitenden, der Natur und der zukünftigen Generationen im Mittelpunkt stehen, oder ob es um die Einrichtung von »MAI«-freien Zonen geht wie etwa von Städten wie San Francisco oder Bundesländern wie Vorarlberg, Salzburg, die Steiermark oder British Columbia in Kanada - überall steht der Umstieg von politischen Erklärungen in ökonomische Realitäten noch bevor. Wenn es darum geht, die Kontrolle der Menschen über Produktion und Konsum wieder zurückzugewinnen und die Misshandlung der Natur zu stoppen, dann muss auch wieder ganz neu über Self-Reliance und Selbstversorgung nachgedacht werden.

Der Weg entsteht offensichtlich erst beim Gehen. Und zum Aufrecht Gehen muss man sich oft mühsam aufmachen. Dazu Mut zu machen, auch bei der Suche nach Bündnispartnern und sich dann den Blick für das Wesentliche nicht durch neue Strategien und Charme - Offensiven der Multis vernebeln zu lassen - das ist das grosse Verdienst der hier gesammelten Beiträge Maria Mies/Claudia von Werlhof (Hrsg.) Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen »MAI«. Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können. Rothuch-Verlag, Hamburg 1998, 232 S., DM 24,80,--

Von Dr. Wieland Zademach, Pfarrer, Nürnberg

[TOP](#)

Frieden muss man lernen

Velten Wagner, Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, Nürnberg

Seit November 1997 bin ich der Landeskirchliche Beauftragte für Kriegsdienstverweigerer (KDV) und Zivildienstleistende (ZDL).

Ich kam als absoluter Seiteneinsteiger in diesen Dienstbereich. Deshalb hat mich manches überrascht und zum Staunen gebracht. Und nachdenklich gemacht. Davon will ich erzählen. Ich bewundere die Kompetenz der Mitarbeiter.

Nicht nur die umfassende Kenntnis der Gesetzeslage und der amtlichen Verfahrenspraxis, sondern auch eine erstaunliche Personenkenntnis bei den einschlägigen staatlichen Ämtern, die mit KDV und ZDL zu tun haben, sowie im bundesweiten Netzwerk der Friedensbewegung beeindruckt mich sehr.

KDV-Beratung und Begleitung der ZDL hat es ja nicht nur mit jungen Männern zu tun, sondern eben auch mit einer Vielzahl komplizierter Gesetze, Verordnungen und Verfahren, die ständigen Veränderungen unterworfen sind, so dass für eine qualifizierte Beratung Spezialkenntnisse erforderlich sind, die durch ständige Information auf aktuellem Stand gehalten werden müssen. Der persönliche Kontakt zum Wehrbereichspräsidenten, zu den Leitern der Kreiswehersatzämter und zu den Vorsitzenden der KDV-Ausschüsse, sowie das Vertrauen, das die kirchliche KDV-Beratung sich im Lauf der Jahre bei diesen Ämtern und Dienststellen erworben hat, hilft immer wieder, einzelne schwierige Fälle unbürokratisch zu lösen.

Ich staune, wie konservativ mein neues Arbeitsumfeld ist.

Galt noch zu Zeiten der Nachrüstungsdebatte bei Vielen die Mitwirkung in der Friedensbewegung als Ausdruck linker Gesinnung, ordnete sich, meiner bisherigen Wahrnehmung nach, die Friedensbewegung selbst ins linke Spektrum ein, dem ein geschlossener konservativer (staatstragender) Block gegenüberstand, so erlebe ich heute die Menschen in der KDV-Beratung und in den Friedensgruppen und -initiativen, mit denen ich bisher zu tun hatte, als durchweg konservativ im eigentlichen Sinne, bewahrend, erhaltend und staats-tragend, weil schaffend, was zum Leben und zum Überleben unverzichtbar ist.

Die Arbeit lebt von vielen Kontakten

Dienstbesprechung mit dem Team in der eigenen Dienststelle, mit den zuständigen Abteilungen im Landeskirchenrat, mit der Abteilung Zivildienst im Diakonischen Werk, mit den Referenten der Werkwochen; Konferenz mit den katholischen Beauftragten für KDV und ZDL in Bayern, Gesamtberaterkonvent und Kirchenkreiskonvente der nebenamtlichen KDV-Berater unserer Landeskirche, Mitgliederversammlung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) in Bayern und auf Bundesebene; Kontakte zu Pax Christi, zum Fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit (FBF), zum Nürnberger Evangelischen Forum für den Frieden (NEFF), u.v.a.: Gremienarbeit, Kontakte, die wichtig sind für unsere Arbeit und für die Menschen, für die wir da sind.

Ich bin erschrocken,

wie viele der Zivildienstleistenden, die an unseren Werkwochen teilnehmen, von Kirche wenig oder gar nichts halten, wie viele aber auch zu christlichen Glaubensinhalten keinen persönlichen Bezug haben. Die meisten kommen zu den Werkwochen nicht, weil die Kirche ihnen hier ein Angebot macht, sondern obwohl es Veranstaltungen der Kirche sind.

Der geistliche Rahmen einer jeden Werkwoche wird teils erduldet (»Das einzige, was mich an dieser Woche gestört hat, war das ganze religiöse Drumherum!«), teils aber auch als Impuls aufgenommen (»Die Andachten und Gespräche haben mich angeregt, neu über Gott und Glauben nachzudenken.«) So sind die Werkwochen (17 an der Zahl in diesem Jahr) für viele dieser jungen Männer seit Jahren wieder ein erster Kontakt mit Kirche. In den abend- und nächtlichen Gesprächen kommt viel Enttäuschung und Verbitterung über Kirche, wie sie erleben, zur Sprache, über die Art, wie sie mit Menschen umgeht, auch mit Zivis (»Ich habe immer gedacht, in einem kirchlichen Haus müsste es anders sein!«).

Ich registriere,

dass erstaunlich viele junge Männer noch zur KDV-Beratung kommen, zumal doch das Anerkennungsverfahren im Vergleich zu früher sehr vereinfacht wurde und im Normalfall korrekt gehandhabt wird. Die Zahl der Beratungsfälle hat in der Tat abgenommen, aber die Intensität und Dauer der einzelnen Beratungen und damit die zeitliche Beanspruchung der Berater hat zugenommen. Jetzt kommen in der Regel die Problemfälle: wo Fristen versäumt wurden, wo der KDV-Antrag abgelehnt wurde, wo bereits der Einberufungsbefehl in die Kaserne auf dem Tisch liegt, junge Männer mit doppelter Staatsangehörigkeit, Aussiedler, die mit der deutschen Sprache und deutschen Gesetzen nicht vertraut sind, Soldaten und Reservisten, die erst durch die unmittelbare Begegnung mit Waffen mit ihrem Gewissen konfrontiert wurden und deren Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer wesentlich komplizierter ist. Da ist dann der Dienst der Kirche gefragt und wird dankbar angenommen, weil diesen Dienst nur die Kirchen anbieten.

Ich begreife von Tag zu Tag mehr,

warum die Arbeit in der KDV-Beratung und ZDL-Seelsorge so eng mit der Friedensbewegung verknüpft ist. Kriegsdienstverweigerung war immer schon eine Form der Option für die Gewaltfreiheit. Es ist eine Sache, zu sagen: Ich bin gegen Waffengebrauch, Gewalt und Krieg! Aber die Frage: Wofür bin ich statt dessen? wird immer dringlicher angesichts der Zunahme der Gewalt auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen, auch der zunehmenden Akzeptanz von Gewaltanwendung in unserer Gesellschaft. Globale Kultfigur Nr. 1 bei 12jährigen Mädchen (!) und Jungen ist der Terminator Arnold Schwarzenegger, auf der Popularitätsskala kurz darauf gefolgt von Rambo, so die jüngste UNESCO-Studie über Mediengewalt in 23 Ländern quer durch den Globus. Was haben wir dagegen zu setzen? Sonntag für Sonntag beten Christen in Tausenden von Gottesdiensten zu Gott um Frieden. Und die Gewalt nimmt zu! Und viele fragen verzweifelt: Gott, warum lässt Du so viel Gewalt, so viele Kriege zu? Und Gott fragt, vielleicht genauso verzweifelt: Mensch, warum lässt Du so viel Gewalt, so viele Kriege zu? Ich habe Dir Verstand gegeben, Phantasie, klare Gebote und ein waches Gewissen. Tu Du erst einmal, was Du tun kannst für den Frieden, bevor Du

mich bittest!

Was können wir für den Frieden tun? Wie können wir die Spirale von Gewalt und Gegengewalt unterbrechen? Wenn im Bewusstsein auch vieler friedliebender Menschen, auch vieler Kirchenleute, der Einsatz von Gewalt und Waffen die Ultimo Ratio der menschlichen Friedensbemühungen ist, was ist dann die prima Ratio? Was gebietet uns die Vernunft als erstes? Und wie handeln wir als Jünger Jesu Christi? Wie können wir in der Nachfolge Jesu die Friedensstifter werden, die er selig preist?

Frieden kann man lernen, genauso, wie man Krieg lernen kann.

Frieden muss man lernen, einüben, trainieren. Es gibt mittlerweile Methoden und Erfahrungen (und Erfolge!) in ge-walt-freiem Umgang mit Konflikten. Die kann man sich aneignen, anwenden und wei-tergeben. Meine beiden Kollegen Richard Strobel und Siegfried Laugsch haben deshalb als Konsequenz ihrer jahrelangen Arbeit mit dem Thema Krieg und Kriegsdienstverweigerung eine Aus-bildung zum Trainer für ge-walt-freie Konfliktbearbeitung begonnen bzw. abgeschlossen. Es wird eine ent-schei-dende Aufgabe unserer Gesellschaft, ja der Menschheit sein, dass sie es lernt, ihre Interessengegensätze und Konflikte (die zunehmen werden!) ge-waltfrei auszutragen, dass Methoden gewaltfreier und kreativer Konfliktbearbeitung Teil dessen werden, was als Allgemeinbildung verstanden wird, und dass wir eine Kultur entwickeln, in der die couragierte, gemeinsame Handlung einer gewaltfreien Initiative genauso gut den Weg in die Schlagzeilen findet, wie heute ein Gewaltverbrechen. An dieser grossen Aufgabe wenigstens ein klein wenig mitarbeiten zu können, auch darin liegt für mich ein Stück der Faszination meines neuen Amtes.

Vielleicht ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass das Manuskript dieses Beitrages uns schon im März 98 erreicht hat, also noch keine direkte Auseinandersetzung mit den aktuellen Ereignissen ist. Vielleicht regt es gerade, weil mit Abstand dazu geschrieben, zum Nachdenken an?

M.O.

Von Velten Wagner, Beauftragter für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, Nürnberg

[TOP](#)
